

Pressemitteilung

11. Oktober 2021



SACHSEN-ANHALT

Ausschuss für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung und des Maßregelvollzugs des Landes Sachsen-Anhalt
Geschäftsstelle · E.-Kamieth-Str. 2 · 06112 Halle (Saale) · Telefon: 0345 514-1732 · Telefax: 0345 514-1745 ·
antje.glaubitz@lvwa.sachsen-anhalt.de · www.psychiatrieausschuss.sachsen-anhalt.de

Psychiatrische Versorgung unter Pandemiebedingungen

Psychiatrieausschuss legt 28. Jahresbericht vor.

Am 13. Oktober 2021 überreicht der Ausschuss für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung und des Maßregelvollzugs des Landes Sachsen-Anhalt seinen 28. Jahresbericht dem Landtagspräsidenten und der Sozialministerin.

Mit dem Bericht wird die siebente Berufenungsperiode des Ausschusses abgeschlossen. In dem bereits neu berufenen achten Ausschuss und seine Besuchskommissionen wirken 69 Fachleute mit. Herrn Univ.-Prof. Dr. med. Hans-Henning Flechtner wurde als Ausschussvorsitzendem für die neue Amtsperiode das Vertrauen ausgesprochen. Als stellvertretende Ausschussvorsitzende wurden Frau Dr. Gabriele Theren und Herr Gerald Jank gewählt.

Die reguläre Tätigkeit des Psychiatrieausschusses war pandemiebedingt immer noch erheblich eingeschränkt. Die Gast- und Fachbeiträge des Berichts beleuchten spezifische Problemlagen in der psychiatrischen Versorgung allgemein und unter den anhaltenden Pandemiebedingungen:

- pandemiebedingte Veränderungen in der Erwachsenenpsychiatrie,
- pandemiebedingte Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche,
- Auswirkungen der neuen Richtlinie zur Personalbemessung auf die psychiatrischen, kinder- und jugendpsychiatrischen und psychosomatischen Kliniken,
- Situation der Sozialpsychiatrischen Dienste in Sachsen-Anhalt,
- eingeschränkte Teilhabe- und Hilfeangebote,
- anhaltend angespannte Situation im Maßregelvollzug.

Die Neufassung des PsychKG LSA konnte im Oktober 2020 verabschiedet werden. Substantielle Forderungen des Psychiatrieausschusses für eine gemeindenahe, vernetzte, personenzentrierte und bedarfsgerechte psychiatrische Versorgung haben Eingang in das Gesetz gefunden.